

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten** der Stadt Burgdorf am **29.04.2019** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

18.WP/A-HFV/028

Beginn öffentlicher Teil: 17:02 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:26 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:26 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:43 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Sund, Björn

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Hinz, Gerald
Kirstein, Lukas
Köneke, Klaus
Schulz, Kurt-Ulrich
Sieke, Oliver

Beratende/s Mitglied/er

Rainer, Joachim-Roland

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Kugel, Michael
Philipps, Lutz
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 18.03.2019
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Betriebsabrechnung ‚Flüchtlingsunterkünfte 2017‘
Vorlage: M 2019 0887

- 3.2. Servicecenter 115
Vorlage: M 2019 0868/1
4. Behördennummer 115
Antrag von Herrn Michael Fleischmann, Die Linke, vom 31.01.2019
Vorlage: A 2019 0819
5. Änderung der Hundesteuersatzung; Antrag des Herrn Rüdiger M. Nijenhof (Freie Burgdorfer) vom 07.03.2019
Vorlage: A 2019 0853
6. 10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung
Vorlage: BV 2019 0890
7. Beitritt der Stadt Peine und der Gemeinden Edemissen, Ilsede und Wendeburg zur gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“ (HannIT)
Vorlage: BV 2019 0900
8. Vertretung der Stadt Burgdorf im Verwaltungsrat der Hannoversche Informationstechnologien AöR (HannIT)
Vorlage: BV 2019 0901
9. Umsetzung Onlinezugangsgesetz - Bericht -
10. Anfragen laut Geschäftsordnung
11. Anregungen an die Verwaltung
Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Sund eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wurde in der diesem Protokoll vorangestellten Form ein-
stimmig beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 18.03.2019

Da an die Einladung für die Sitzung irrtümlich das Protokoll vom 11.02.2019 angehängt war, wurde die Genehmigung des Protokolls vom 18.03.2019 auf die nächste Sitzung vertagt.

Herr Köneke bat noch einmal, seine Frage aus der Sitzung bezüglich der Rechnungsstellung des Architekten für das Familienzentrum zu beantworten.

Antwort über Protokoll:

Die Beantwortung der Frage erfolgte durch Herrn Fischer in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 19.2.2019 und wurde unter TOP 15 II. im Protokoll festgehalten.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Philipps teilte mit, dass vom Landesamt für Statistik die zum 1. Mai 2019 voraussichtlich zur Verteilung stehenden Beträge für den Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer mitgeteilt wurden. Diese liegen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 0,3% niedriger gegenüber dem 01.05.2018. Das bedeute für Burgdorf eine Verringerung um - 0,31% bzw. 12.209,37 € weniger als zum 01.05.2018. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer liegen die Beträge um 11,7% höher gegenüber dem 01.05.2018. Für Burgdorf bedeute dies eine Erhöhung um 11,72% bzw. 33.892,00 € mehr gegenüber dem 01.05.2018.

Der Jahresabschluss 2018 – so **Herr Philipps** – sei von der Finanzabteilung fristgerecht zum 31.03.2019 aufgestellt worden und müsse noch vom RPA geprüft werden. Voraussichtlich im Herbst 2019 werde dieser dann zusammen mit dem Prüfbericht zur Beschlussfassung und Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters vorliegen.

Der Jahresabschluss schließt mit folgenden Eckwerten ab:

Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2018 weist bei ordentlichen Erträgen in Höhe von 67.302.182,67 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 67.272.081,68 € ein positives ordentliches Ergebnis in Höhe von 30.100,99 € aus.

Darüber hinaus weist das außerordentliche Ergebnis für 2018 einen Überschuss in Höhe von 1.958.668,84 € aus.

Die Ergebnisrechnung schließt somit zum 31.12.2018 insgesamt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.988.769,83 € ab.

Finanzrechnung

In der Finanzrechnung 2018 ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein positiver Saldo in Höhe von 3.895.810,51 €.

Auszahlungen für Investitionstätigkeit wurden i. H. v. 8.054.040,58 € getätigt. Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit belaufen sich auf 5.732.125,88 €, so dass sich aus der Investitionstätigkeit ein negativer Sal-

do (Finanzierungsbedarf) i. H. v. 2.321.914,70 € ergibt.

Schuldenstand

Aufgrund der geleisteten ordentlichen Tilgung i. H. v. 1.216,961,51 € verringerte sich der Schuldenstand von 39.055.834,03 € am 31.12.2017 auf insgesamt 37.838.872,52 € am 31.12.2018.

Schulden aus Liquiditätskrediten bestanden zum 31.12.2018 nicht.

Verwendung des Jahresergebnisses

Wie bereits zuvor erwähnt, hat sich in der Jahresrechnung 2018 beim außerordentlichen Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 1.988.769,83 € ergeben. Dieser Überschuss kann – da keine aufgelaufenen Fehlbeträge aus Vorjahren bestehen – in voller Höhe den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses zugeführt werden.

Bilanz

Das Volumen der Bilanz hat sich von 253.704.949,11 € (Stand Schlussbilanz zum 31.12.2017) um 2.015.407,84 € auf 255.720.356,95 € (Stand Schlussbilanz zum 31.12.2018) erhöht, wobei sich u. a. die Nettosition (das Eigenkapital) um 2,68 Mio. € erhöht und die Schulden um 1,42 Mio. € verringert haben.

Herr Köneke erkundigte sich, welche Beträge als Haushaltsrest von 2018 nach 2019 übertragen und somit nicht verausgabt wurden. Hierzu erklärte **Herr Hammermeister**, dass es sich bei den investiven Haushaltsresten um einen Betrag von rd. 13,5 Mio. € handele.

3.1. Betriebsabrechnung ‚Flüchtlingsunterkünfte 2017‘ Vorlage: M 2019 0887

Nach Rückfragen von Herrn Schulz und Herrn Köneke wies **Herr Philipps** darauf hin, dass bei den unterschiedlichen Unterbringungsmöglichkeiten auch unterschiedliche Nutzungsgebühren anfallen. Die Kosten werden der Stadt Burgdorf aber durch die Region bzw. bei Selbstzahlern durch die Nutzer zu 100% erstattet.

Nach weiteren Erläuterungen von Verständnisfragen zu den Abschreibungen und Investitionen wurde die Betriebsabrechnung ‚Flüchtlingsunterkünfte 2017‘ zur Kenntnis genommen.

3.2. Servicecenter 115
Vorlage: M 2019 0868/1

Frau Vierke wies darauf hin, dass sich der Stand der Angelegenheit aktuell nicht geändert habe, da eine neue Sitzung der Projektgruppe erst für Mitte Mai 2019 vorgesehen sei. Die Verwaltung sei aufgrund der immer noch ungeklärten Konditionen weiterhin der Meinung, nicht als Pilotkommune in das Projekt einzusteigen.

4. Behördennummer 115
Antrag von Herrn Michael Fleischmann, Die Linke, vom 31.01.2019
Vorlage: A 2019 0819

Mit 1 Ja- sowie 6 Neinstimmen wurde der Antrag von Herrn Fleischmann, als Pilotkommune der Einrichtung eines gemeinsamen Servicecenters in der Region Hannover beizutreten, abgelehnt.

5. Änderung der Hundesteuersatzung; Antrag des Herrn Rüdiger M. Nijenhof (Freie Burgdorfer) vom 07.03.2019
Vorlage: A 2019 0853

Herr Sund begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt auch Vertreter des Tierheimes Burgdorf.

Herr Wallner, Leiter des Tierheimes, erläuterte, dass im Zeitraum 2014 bis 2018 an Burgdorfer Bürger ca. 6 Hunde jährlich abgegeben wurden. Für die Stadt würde kein großer Verwaltungsaufwand entstehen, da das Tierheim digital die Daten über die vermittelten Hunde weitergeben würde. Hilfe würden die Bürger auch von dort bei der Ausfüllung des Hundesteuerantrags bekommen.

Nach weiterer Diskussion wurde der Antrag von Herr Nijenhof mit 5 Ja- und 2 Neinstimmen angenommen.

Herr Philipps wies darauf hin, dass die Verwaltung für den Verwaltungsausschuss und Rat nunmehr eine Vorlage zum Beschluss einer Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung mit Hinweis auf § 4 der Satzung vorlegen werde.

**6. 10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung
Vorlage: BV 2019 0890**

Einstimmig fasste der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, die als Anlage 7 der Vorlage BV 2019 0890 sowie der Originalniederschrift als Anlage beigefügte

10. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung der Stadt Burgdorf

zu erlassen.

**7. Beitritt der Stadt Peine und der Gemeinden Edemissen, Ilsede und Wendeburg zur gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“ (HannIT)
Vorlage: BV 2019 0900**

Der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten fasste einstimmig folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt dem Beitritt der Stadt Peine und der Gemeinden Edemissen, Ilsede und Wendeburg zur gemeinsamen kommunalen Anstalt HannIT und der damit verbundenen Satzung zur 6. Änderung der Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“, (HannIT) zu. Der Bürgermeister wird ermächtigt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Beteiligung weiterer Träger und über die Änderung der Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“ (HannIT) abzuschließen.

**8. Vertretung der Stadt Burgdorf im Verwaltungsrat der Hannoversche Informationstechnologien AöR (HannIT)
Vorlage: BV 2019 0901**

Einstimmig fasste der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Rat benennt in den Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AÖR“

Frau Silke Vierke

Der Rat benennt als Ersatzmitglied in den Verwaltungsrat der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AÖR“

Herrn Michael Kugel.

9. Umsetzung Onlinezugangsgesetz - Bericht -

Zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes stellte **Frau Vierke** anhand einer Power-Point-Präsentation den aktuellen Stand dar (die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt).

10. Anfragen laut Geschäftsordnung

K e i n e

11. Anregungen an die Verwaltung

K e i n e

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin